

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Freimut Duve, Rudolf Bindig, Brigitte Adler, Robert Antretter, Ingrid Becker-Inglau, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Tilo Braune, Dr. Eberhard Brecht, Ursula Burchardt, Katrin Fuchs (Verl), Norbert Gansel, Günter Gloser, Angelika Graf (Rosenheim), Dr. Ingomar Hauchler, Dieter Heistermann, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Ingrid Holzhüter, Brunhilde Irber, Walter Kolbow, Volker Kröning, Dr. Elke Leonhard, Erika Lotz, Heide Mattischeck, Markus Meckel, Volker Neumann (Bramsche), Gerhard Neumann (Gotha), Otto Reschke, Dr. Hansjörg Schäfer, Otto Schily, Dieter Schloten, Dagmar Schmidt (Meschede), Regina Schmidt-Zadel, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Joachim Tappe, Margitta Terborg, Siegfried Vergin, Günter Verheugen, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Josef Vosen, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Verena Wohlleben, Dr. Christoph Zöpel, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Ergebnisse des „kritischen Dialogs“ mit dem Iran über Menschenrechtsfragen

Die VN-Menschenrechtskommission gab bei ihrer 51. Sitzung im März 1995 ihrer großen Sorge angesichts fortdauernder Menschenrechtsverletzungen im Iran Ausdruck. In einer Resolution, die von der Kommission verabschiedet wurde, wird hingewiesen auf: die anhaltend hohe Zahl von Hinrichtungen, Fälle von Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, das Fehlen international anerkannter strafprozeßrechtlicher Garantien, die Diskriminierung von Minderheiten aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen, insbesondere der Baha'is, den mangelnden Schutz der christlichen Minderheiten vor Einschüchterung und Mordanschlägen, Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit und die Diskriminierung von Frauen. Die VN-Menschenrechtskommission hat darüber hinaus zur anhaltenden Bedrohung des Lebens von Salman Rushdie Stellung genommen, und sie hat die iranische Regierung aufgefordert, ihre Aktivitäten gegen Mitglieder der iranischen Opposition im Ausland einzustellen.

Die Bundesregierung verfolgt gegenüber dem Iran eine innerhalb der Europäischen Union vereinbarte „Politik des kritischen Dialogs“. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein wichtiger Handelspartner des Iran. Entscheidungen über die Gestaltung der deutsch-iranischen Beziehungen begründet die Bundesregierung mit dem Bestehen dieses bilateralen Dialogs und damit erzielten Erfolgen. Zu den Schwerpunkten des Dialogs gehört seit Jahren

die Diskussion über prinzipielle und praktische Fragen der Menschenrechtspolitik.

Daher fragen wir die Bundesregierung:

I. Institutionelle und organisatorische Grundlagen des kritischen Dialogs

1. Gibt es eine institutionalisierte Form für den kritischen Dialog, die zwischen der Regierung des Iran und der Bundesregierung ausgehandelt wurde, und wenn ja, wie sieht sie aus, und seit wann besteht sie?
2. Befaßt sich der Dialog mit religiösen und philosophischen Grundfragen oder mit den jeweiligen staatlichen Normen bzw. den Entscheidungen und Handlungen der Verwaltungen, Gerichte und Regierungen?
3. Wie definiert der Iran sein Interesse an dem kritischen Dialog und die politischen Ziele, die er mit dem Dialog verfolgt?
4. Wie setzt sich der Personenkreis der iranischen Seite zusammen?
Sind es Mitglieder der Regierung, der religiösen Institutionen, der Medien o. a., und wechseln die Gesprächspartner?
5. Welches sind die Gegenstände des kritischen Dialogs über Menschenrechtsfragen:
 - Menschenrechte im Innern,
 - Verfolgung und Drangsalierung der iranischen Opposition im Ausland,
 - Unterstützung der nicht-iranischen gewaltorientierten politischen Bewegungen außerhalb des Iran?
6. Werden diese Themen mit denselben oder mit unterschiedlichen Gesprächspartnern getrennt oder gemeinsam behandelt?
7. Welche Schwerpunkte hat der kritische Dialog mit der iranischen Führung außer der Diskussion über Menschenrechtsfragen, und welche Erfolge wurden hier im einzelnen erzielt?
8. Welche Grundlage hat die „Politik des kritischen Dialogs“ gegenüber dem Iran innerhalb der Europäischen Union?
Welche Mitgliedsstaaten beteiligen sich, auch in ihren bilateralen Beziehungen zum Iran, in welchem Umfang an dieser Politik?
Bestehen auf seiten bestimmter Mitgliedstaaten Vorbehalte gegen diese Linie, und wenn ja, welche sind es?

II. Durchführung und Verlauf des kritischen Dialogs über Menschenrechtsfragen

9. Bei welchen deutsch-iranischen Begegnungen wurden Menschenrechtsfragen erörtert?

Wurden die Wirtschaftsverhandlungen mit dem Iran (Umschuldungsabkommen 1994, Gewährung von Hermes-Bürgschaften 1995) dazu genutzt, Menschenrechtsanliegen vorzubringen, und wenn ja, in welchem Umfang und mit welchen Erfolgen?

10. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bereitschaft der iranischen Führung, auf diesen Dialog einzugehen?

Sind nach Auffassung der Bundesregierung Fortschritte und Erfolge in der Menschenrechtspolitik des Iran erkennbar, und in welchem Umfang lassen sie sich ggf. aus Sicht der Bundesregierung auf Impulse durch den kritischen Dialog zurückführen?

III. Auswirkungen des kritischen Dialogs auf die Lage der Menschenrechte im Iran

11. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, welchen Inhalts die Justizreform im Iran von 1994 war, welche Auswirkungen sie auf das Gerichtswesen hatte und welche Funktion die sog. Revolutionsgerichte seither haben?

12. Inwieweit sind nach Erkenntnissen der Bundesregierung international anerkannte rechtsstaatliche Prinzipien und Verfahrensgarantien im iranischen Strafrecht und Strafprozeßrecht verwirklicht (Trennung von Richteramt und Staatsanwaltschaft, Nulla poena sine lege, Recht auf Verteidigung, Öffentlichkeit der Gerichtsverfahren, Verbot von Folter und entwürdigenden Strafen u. a.)?

Wurden Verbesserungen erzielt, bzw. welche Defizite bestehen fort?

13. Waren Vertreter der Botschaft bei einzelnen Gerichtsverfahren als Beobachter anwesend?

Hat die Bundesregierung gegenüber der iranischen Führung in Einzelfällen auf die Zulassung internationaler Prozeßbeobachter gedrungen?

14. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Folter und Mißhandlungen in Gefängnissen oder durch Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden?

Welches Gewicht hat sie dieser Frage im Rahmen des kritischen Dialogs beigemessen?

15. Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, in wie vielen Fällen in den Jahren 1994 und 1995 die Todesstrafe verhängt und in wie vielen Fällen sie vollstreckt wurde?

Zeichnet sich eine Verminderung der Hinrichtungen gegenüber den Vorjahren ab?

Hat die Bundesregierung sich in Einzelfällen gegen drohende Hinrichtungen eingesetzt, und wenn ja, in welchen?

16. Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinungs- und Pressefreiheit im Iran?

Welche Auswirkungen hatte der Offene Brief, mit dem 134 iranische Schriftsteller im Oktober 1994 gegen Zensur, Meinungsunterdrückung und Menschenrechtsverletzungen in ihrem Land protestiert haben, auf den kritischen Dialog?

Ist der Bundesregierung bekannt, ob es zu Verfolgungsmaßnahmen gegen Unterzeichner dieses Briefes gekommen ist?

17. Welche Einschränkungen der politischen Betätigung gibt es nach Erkenntnissen der Bundesregierung im Iran?

Kommt es nach Erkenntnissen der Bundesregierung zu Strafverfolgung aus politischen Gründen?

Hat sich die Bundesregierung gegenüber der iranischen Führung für einzelne politische Gefangene eingesetzt?

18. In welcher Hinsicht hat sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Situation der Angehörigen der Religionsgemeinschaft der Baha'i im Iran gebessert?

Auf welcher Rechtsgrundlage und mit welchem Strafmaß befinden sich Mitglieder der Bahai' derzeit in Haft?

19. Welche Aufgaben und Kompetenzen haben die seit 1992 im Iran geschaffenen Menschenrechtsinstitutionen, d. h. die Menschenrechtsabteilung im iranischen Außenministerium, die Menschenrechtskommission der Judikative und der Menschenrechtsausschuß des iranischen Parlaments?

Welcher Art sind die Kontakte der Bundesregierung bzw. der Deutschen Botschaft mit diesen Institutionen?

20. Inwieweit hat sich die Bundesregierung im Rahmen des kritischen Dialogs dafür eingesetzt, daß der Sonderberichterstatter der VN-Menschenrechtskommission für den Iran und internationale Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international in den Iran einreisen dürfen?

IV. Aktivitäten des Iran im Ausland

21. Womit begründet der Iran seine Tätigkeit im Ausland insbesondere bei Begegnungen zwischen führenden Personen des iranischen Geheimdienstes und der Bundesregierung?

22. Welche Initiativen wird die Bundesregierung zum Schutz des Lebens von Salman Rushdie ergreifen, nachdem die EU-Demarche bisher nicht zum Erfolg geführt hat, mit der die iranische Regierung sich schriftlich hätte verpflichten sollen, die Todesdrohung nicht in die Tat umzusetzen und derartige Aktionen auch nicht zu fördern?

23. In welcher Weise und mit welchen Ergebnissen ist die Verfolgung und Ermordung iranischer Oppositioneller im Ausland im Rahmen des kritischen Dialogs von der Bundesregierung zur Sprache gebracht worden?

In welcher Form hat die Bundesregierung von der iranischen Führung gefordert, das Völkerrecht zu achten und den Terrorismus zu verurteilen?

Bonn, den 29. November 1995

Freimut Duve
Rudolf Bindig
Brigitte Adler
Robert Antretter
Ingrid Becker-Inglau
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Tilo Braune
Dr. Eberhard Brecht
Ursula Burchardt
Katrin Fuchs (Verl)
Norbert Gansel
Günter Gloser
Angelika Graf (Rosenheim)
Dr. Ingomar Hauchler
Dieter Heistermann
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Ingrid Holzhüter
Brunhilde Irber
Walter Kolbow
Volker Kröning
Dr. Elke Leonhard
Erika Lotz

Heide Mattischeck
Markus Meckel
Volker Neumann (Bramsche)
Gerhard Neumann (Gotha)
Otto Reschke
Dr. Hansjörg Schäfer
Otto Schily
Dieter Schloten
Dagmar Schmidt (Meschede)
Regina Schmidt-Zadel
Wieland Sorge
Dr. Peter Struck
Joachim Tappe
Margitta Terborg
Siegfried Vergin
Günter Verheugen
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Josef Vosen
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Verena Wohlleben
Dr. Christoph Zöpel
Rudolf Scharping und Fraktion

